



HESSISCHER LANDTAG

05. 05. 2020

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der SPD

Gesundheits- und Patientenversorgung am Universitätsklinikum Gießen-Marburg sicherstellen – Sorgen von Beschäftigten ernst nehmen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag kritisiert, dass das Universitätsklinikum Gießen und Marburg (UKGM) aufgrund der geplanten Übernahme der Rhön-AG durch den Klinikkonzern Asklepios erneut zum Überbietungswettbewerb der Aktionäre und der knallharten Profitmaximierung zu werden droht.
2. Der Landtag kritisiert, dass sich seit dem Verkauf des UKGM an die Rhön-Klinikum AG im Jahr 2006 die Versorgung der Patienten sowie die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten deutlich verschlechtert haben. Die Landesregierung hat dies zugelassen und die Verschlechterung hingenommen, anstatt sie durch mehr Einflussnahme zu verhindern.
3. Der Landtag befürchtet, dass mit der geplanten Übernahme des Rhön-Konzerns durch Asklepios der Druck auf das UKGM weiter steigen wird, sich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, der Patienten sowie für Forschung und Lehre verschlechtern werden.
4. Der Landtag kritisiert, dass sich die Landesregierung alleinig auf die Darstellung der Geschäftsleitung des Rhön-Klinikums verlässt, einer Überprüfung der Situation sowie seiner Kontrollfunktion nicht nachgekommen ist und keinen Handlungsbedarf sah.
5. Der Landtag bedauert, dass die Regierungsfractionen den Antrag von SPD und LINKEN (20/574) vom Mai 2019 zur Durchführung einer Anhörung zum UKGM abgelehnt haben. Eine Anhörung hätte dazu beitragen können, Bilanz zu ziehen und sich ein klares Bild von der Gesundheits- und Patientenversorgung am Klinikum zu verschaffen.
6. Der Landtag stellt fest, dass die Privatisierung des UKGM ein schwerer Fehler war.
7. Der Landtag kritisiert, dass die Landesregierung die Gelegenheit verstreichen ließ, das Klinikum zurückzukaufen.
8. Der Hessische Landtag erwartet von der Landesregierung, endlich Verantwortung zu übernehmen und sich dafür einzusetzen, dass die Interessen von Patienten und Beschäftigten sowie Forschung und Lehre Vorrang vor den Interessen einer Aktiengesellschaft haben.
9. Der Hessische Landtag stellt fest, dass das Klinikum ein gutes Krankenhaus ist. Dies ist vor allem den Mitarbeitern zu verdanken, die bis zur Grenze der Erschöpfung bei steigenden Fallzahlen und immer weniger Personal arbeiten müssen.
10. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, nicht länger der geplanten Übernahme der Rhön-AG und des UKGM durch Asklepios tatenlos zuzusehen und insbesondere nicht länger die Arbeitsverdichtung, den Personalmangel, die hohen Ausfallzeiten, die hohen Überstunden, die Überlastungs- und Risikoanzeigen zu ignorieren.
11. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich endlich dafür einzusetzen, dass die Arbeitsbedingungen am UKGM verbessert, die Gesundheits- und Patientenversorgung sichergestellt wird. Wichtig sind jetzt ein Zukunftskonzept und kein weiteres geheimes Zukunftspapier. Wir erwarten mehr Transparenz und eine zeitnahe Information des Landtags.

12. Der Hessische Landtag dankt den Beschäftigten des Universitätsklinikums für ihre Leistungen und wird sich dafür einsetzen, dass die bislang geltende Vereinbarung mit der Rhön-AG im Sinne der Beschäftigten aufrechterhalten wird.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. Mai 2020

Die Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser